





Werksnorm / Company Standard			R&D
Material Compliance			HG 783 Gültig ab / valid from: 01.04.2026 Revision / revision: 09 Blatt / page: 1/16
erstellt / created:	geprüft / reviewed:	geprüft / reviewed:	freigegeben F&E / released R&D
Dr. A. Dethlefsen	Dr. R. Müller	P. Piechotta	ppa. J. Groß
Signiert von:  <small>0F02AEE0F67D410...</small>	Signed by:  <small>81450808A95540B...</small>	Signiert von:  <small>0400EC31007E9E3...</small>	DocuSigned by:  <small>274007070148104...</small>

Änderungsdienst / Change management

- Anpassung an ein neues Layout.
- Ergänzung Anhang II, um die notwendigen Inhalte von Materialdeklarationen festzulegen.

Inhalt

1 Zweck	2
1.1 Anwendungsbereich	3
2 Normative Verweisungen	3
3 Abkürzungen	3
4 Definitionen	5
5 Pflichten	6
5.1 Lieferanten.....	6
5.2 Hansgrohe SE	7
6 Gesetzliche Anforderungen	7
6.1 EU-REACH-Verordnung	7
6.2 RoHS-Richtlinien	8
6.3 EU-POP-Verordnung.....	9
6.4 TSCA (US-Gesetzgebung).....	10
6.5 CalProp65 (Kalifornische Gesetzgebung).....	10
6.6 EU-Konfliktmineralien-Verordnung und US-Dodd-Frank Act.....	10
6.7 Hongkong-Konvention und EU-Schiffsrecycling-Verordnung.....	11
6.8 EU-ODS- und F-Gas-Verordnung	11
6.9 EU-Verpackungsverordnung/-Richtlinie.....	12
6.10 EU-Batterieverordnung	12
7 Weitere Anforderungen	13
7.1 PFAS.....	13
Anhang I (Informativ)	14
Anhang II (Mindestinhalte Materialdeklaration)	15
II.I REACH	15
II.II Weitere Regelwerke.....	16

Der Unternehmensstandard ist Eigentum der Hansgrohe SE. Eine Vervielfältigung ist nur mit Genehmigung zulässig.

1 Zweck

Ziel der HG 783 ist es, die Hansgrohe SE, sowie ihre Lieferanten bei Themen der Material Compliance hinsichtlich Stoffen, Gemischen und Erzeugnissen (nachfolgend „Produkte“, Beispiele siehe Anhang I) zu unterstützen.

Die HG 783 beschreibt die Anforderungen der Hansgrohe SE in Bezug auf alle unter Kapitel 6 beschriebenen gesetzlich verbotenen, reglementierten und deklarationspflichtigen Stoffe in der jeweils aktuellen Form. Darüber hinaus enthält die HG 783 in Kapitel 7 zusätzliche Anforderungen der Hansgrohe SE.

Die Inhalte von Materialdeklarationen werden im Anhang II vorgegeben.

Sollten gesetzliche Änderungen in dieser Norm noch nicht abgebildet oder Gesetze nicht enthalten sein, so entbindet dies den Lieferanten nicht von der Verpflichtung, diese

gesetzlichen Anforderungen einzuhalten. In Einzelfällen behält sich die Hansgrohe SE vor, Materialtests und Laboruntersuchungen durchzuführen.

Diese Norm wird mit einer Übergangsfrist von 60 Tagen ab Erscheinungsdatum verpflichtend.

1.1 Anwendungsbereich

Die HG 783 verlangt, dass alle Produkte die Anforderungen der erforderlichen aktuellen Richtlinien, Verordnungen, Gesetze, Normen und aller weiteren in der HG 783 angeführten anwendbaren Anforderungen erfüllen, um eine konforme Vermarktung von Produkten der Hansgrohe SE zu gewährleisten.

Die Anforderungen an die Material Compliance gelten gleichermaßen wie alle anderen Produkthanforderungen.

2 Normative Verweisungen

Die nachfolgenden Dokumente sind für die HG 783 erforderlich. Bei Verweisungen mit Datum gilt nur die angegebene Ausgabe. Bei Verweisungen ohne Datum gilt die jeweils letzte Ausgabe des referenzierten Dokuments (einschließlich aller Änderungen).

EN IEC 63000	Technische Dokumentation zur Beurteilung von Elektro- und Elektronikgeräten hinsichtlich der Beschränkung gefährlicher Stoffe. Der Zweck des Dokumentes ist die Erklärung der Einhaltung der geltenden Stoffbeschränkungen weltweit nach verschiedenen Gefahrstoffverordnungen.
HG 770	Leitfaden für Erstbemusterungen, abrufbar unter Hansgrohe Werksnormen und Formulare .

3 Abkürzungen

CAHRA	„Conflict-affected and high-risk areas“ bezieht sich auf Gebiete mit bewaffneten Konflikten, politischer Instabilität und gravierenden Menschenrechtsverletzungen und illegale Handelspraktiken.
CAS-Nr.	Die CAS-Nr. ist ein internationaler Bezeichnungsstandard für chemische Stoffe. CAS steht für „Chemical Abstracts Service“.
CMR	Karzinogen, mutagen oder reproduktionstoxisch (Carcinogenic, mutagenic or toxic to reproduction).
EG-Nr.	Ordnungskategorie des Europäischen Chemikalienrechts. EG-Nummern haben 7 Ziffern und folgende Syntax: XXX-XXX-X. EG steht für Europäische Gemeinschaft.
EPA	„Environmental Protection Agency“ US-amerikanische Umweltschutzbehörde.

EU SRR	Europäische (EU) Verordnung über das Recycling von Schiffen (ship recycling regulation).
HKC	„Hongkong international convention for the safe and environmentally sound recycling of Ships, 2009“, eine Vereinbarung der Mitgliedstaaten der IMO für die weltweite Verbesserung für umweltfreundliches Recycling von Schiffen und für die Arbeitsbedingungen in den Abwrackwerften.
IMO	Die internationale maritime Organisation (IMO) ist eine Sonderorganisation der United Nations, die sich für die Sicherheit der Schifffahrt und den Umweltschutz auf See einsetzt.
ODS	Ozonabbauende Stoffe, sog. „Ozone-depleting substances“.
PBT	Persistente, bioakkumulierende und toxische Substanzen.
PFAS	Per- und polyfluorierte Alkylverbindungen.
POP	Persistente organische Schadstoffe (Persistent organic pollutants).
PPWR	Verordnung über Verpackungen und Verpackungsabfälle (Packaging and packaging waste regulation).
REACH	Registrierung, Bewertung, Zulassung und Beschränkung von Chemikalien (Registration, evaluation, authorisation and restriction of chemicals).
RoHS	Beschränkung der Verwendung bestimmter gefährlicher Stoffe in Elektro- und Elektronikgeräten (Restriction of the use of certain hazardous substances in electrical and electronic equipment).
SCIP	SCIP steht für „Substances of concern in products“ und bezieht sich auf eine EU-Datenbank, die Informationen über besonders besorgniserregende Stoffe (SVHC) in Erzeugnissen enthält.
SoC	„State of Charge“ (Batterieladestand)
SVHC	Besonders besorgniserregende Stoffe (Substances of very high concern).
TSCA	Der „Toxic substances control act“ ist eine US-amerikanische Gesetzgebung zur Chemikalienregulierung.

4 Definitionen

Die hier angeführten Definitionen dienen dem leichteren Verständnis der HG 783. Sie ersetzen keinesfalls gesetzliche Definitionen. Sollte es zu einer Abweichung der gesetzlichen Definition von den hier angeführten Definitionen kommen, hat die gesetzliche Fassung stets Vorrang.

Stoff	Chemisches Element und seine Verbindungen in natürlicher Form oder gewonnen durch ein Herstellungsverfahren, einschließlich der zur Wahrung seiner Stabilität notwendigen Zusatzstoffe und der durch das angewandte Verfahren bedingten Verunreinigungen, aber mit Ausnahme von Lösungsmitteln, die von dem Stoff ohne Beeinträchtigung seiner Stabilität und ohne Änderung seiner Zusammensetzung abgetrennt werden können (vgl. REACH, Art. 3.1). Beispielsweise Metalle, Farbstoffe oder Pigmente.
Gemisch	Gemenge, Gemische oder Lösungen, die aus zwei oder mehr Stoffen bestehen (vgl. REACH, Art. 3.2). Beispielsweise Shampoo, Farben oder Reinigungsmittel.
Erzeugnis	Gegenstand, der bei der Herstellung eine spezifische Form, Oberfläche oder Gestalt erhält, die in größerem Maße als die chemische Zusammensetzung seine Funktion bestimmt (vgl. REACH, Art. 3.3). Beispielsweise Schrauben oder Spritzgussteile.
Homogener Werkstoff	Ein Werkstoff von durchgehend gleichförmiger Zusammensetzung oder einen aus verschiedenen Werkstoffen bestehenden Werkstoff, der nicht durch mechanische Vorgänge wie Abschrauben, Schneiden, Zerkleinern, Mahlen und Schleifen in einzelne Werkstoffe zerlegt oder getrennt werden kann (vgl. RoHS, Art. 3.20).
Verpackung	Bezeichnet einen Gegenstand, unabhängig davon, aus welchen Materialien dieser gefertigt ist, der zur Nutzung durch einen Wirtschaftsakteur zur Aufnahme oder zum Schutz, zur Handhabung, zur Lieferung oder zur Darbietung von Produkten an einen anderen Wirtschaftsakteur oder an einen Endabnehmer bestimmt ist und aufgrund seiner Funktion, seines Materials und seiner Gestaltung nach Verpackungsformat differenziert werden kann (vgl. PPWR, Art. 3.1.1).
Batterie	Eine Einrichtung, die durch unmittelbare Umwandlung chemischer Energie erzeugte elektrische Energie liefert, über einen internen oder externen Speicher verfügt, und aus einem oder mehreren nicht wiederaufladbaren oder wiederaufladbaren Batteriezellen, -modulen oder -sätzen besteht, und eine Batterie umfasst, die zur Wiederverwendung oder zur Umnutzung

	vorbereitet oder umgenutzt oder wiederaufgearbeitet wurde (vgl. Batterieverordnung (EU) 2023/1542, Art. 3.1.1).
Gerätebatterie	Eine Batterie, die gekapselt ist, 5 kg oder weniger wiegt, nicht speziell für die industrielle Verwendung ausgelegt ist und bei der es sich nicht um eine Elektrofahrzeugbatterie, eine Batterie für leichte Verkehrsmittel oder eine Starterbatterie handelt (vgl. Batterieverordnung (EU) 2023/1542, Art. 3.1.9).
Absichtlich hinzugefügt	Verwendung eines Stoffes, welcher in einem Produkt enthalten ist, um eine bestimmte Eigenschaft, Aussehen, Funktion oder eine bestimmte Qualität zu erzeugen.

5 Pflichten

5.1 Lieferanten

- Der Lieferant ist verpflichtet bei allen gelieferten Produkten die nachfolgend aufgeführten Anforderungen einzuhalten. Diese Anforderungen gelten weltweit, unabhängig vom Zielort der Lieferung.
- Der Lieferant ist verpflichtet, sich die jeweils aktuellen Richtlinien, Verordnungen, Gesetze und Normen selbst zu beschaffen und fortlaufend zu prüfen, ob weitere anwendbare Anforderungen existieren oder sich bestehende geändert haben. Mögliche Auswirkungen (Prozess- / Produktänderungen) auf seine Waren müssen umgehend kommuniziert werden.
- Der Lieferant ist dazu verpflichtet, die relevanten Anforderungen auch in die eigene Lieferkette zu kommunizieren und alle erforderlichen Maßnahmen zu treffen, um eine Einhaltung sicherzustellen, zum Beispiel regelmäßige Stichproben oder Lieferantenbefragungen.
- Der Lieferant ist verpflichtet, der Hansgrohe SE
 - die zum Nachweis der Material Compliance erforderlichen Lieferantenerklärungen/Materialdeklarationen unter Angabe der in Anhang II angegebenen Informationen kostenlos zur Verfügung zu stellen.
 - die erforderlichen Nachweise auf Anfrage vorzulegen:
 - z.B. zur Erstbemusterung (vgl. HG 770, abrufbar unter [Hansgrohe Werksnormen und Formulare](#)) oder
 - im Zuge von Regelwerksaktualisierungen.
 - die Material Compliance Nachweise in digitalen Formaten zu übermitteln (hierzu steht eine von der Hansgrohe SE kostenlos zur Verfügung gestellte Software-Lösung bereit).

Ansprechpartner für alle relevanten Informationen oder Rückfragen ist die für den Lieferanten zuständige Hansgrohe SE Einkaufsabteilung.

5.2 Hansgrohe SE

- In der Produktkonzeption und -entwicklung müssen die in dieser Norm gelisteten, anwendbaren Anforderungen berücksichtigt werden.
- Eine Lieferantenbewertung gemäß der EN IEC 63000 ist durchzuführen und Nachweise über die Einhaltung von Stoffrestriktionen einzuholen. Nachweise sind gemäß der Norm zu prüfen und etwaige Maßnahmen zu treffen.
- Betroffene Aussagen und Nachweise aus der Lieferkette sind stichprobenartig mittels Prüfungen (intern oder über Dritte) zu verifizieren.
- Die Einhaltung der HG 783 ist durch einen entsprechenden Vermerk auf den Lieferantenverträgen und in den allgemeinen Geschäftsbedingungen zu fordern.

Eine Lieferantenfreigabe darf nur erfolgen, wenn der Lieferant die Beachtung der HG 783 schriftlich bestätigt und ggf. geforderte Nachweise zur Erfüllung geliefert hat.

6 Gesetzliche Anforderungen

6.1 EU-REACH-Verordnung

Die [Verordnung \(EG\) Nr. 1907/2006](#) (EU-REACH-VO) dient dem Schutz der menschlichen Gesundheit und der Umwelt.

Besonders besorgniserregende Stoffe auf der Kandidatenliste

Artikel 33 der EU-REACH-VO beinhaltet eine Informationspflicht bezüglich in Erzeugnissen enthaltener besonders besorgniserregender Stoffe (SVHCs), die nach Artikel 57 und 59 als für eine Zulassung in Frage kommend eingestuft wurden. Eine Informationspflicht entsteht, sobald der Grenzwert von 0,1 Massenprozent (w/w) für ein SVHC auf der Kandidatenliste pro Erzeugnis überschritten wird.

Nach der [Entscheidung des EuGH, Az.: C-106/14](#) gilt das Prinzip „Einmal ein Erzeugnis, immer ein Erzeugnis“. Die Bezugsgröße bei Produkten, welche aus mehreren Erzeugnissen (komplexe Erzeugnisse) zusammengesetzt sind, bleibt daher immer das Erzeugnis selbst. Sobald ein Erzeugnis, als Produkt selbst oder als Teil eines Produktes, den Grenzwert von 0,1 Massenprozent (w/w) für ein SVHC auf der Kandidatenliste überschreitet, ist der Lieferant gesetzlich verpflichtet, dies der Hansgrohe SE unmittelbar und **unaufgefordert** mitzuteilen (Deklarationspflicht). Dies gilt auch dann, wenn ein SVHC erst während der laufenden Lieferbeziehung in die SVHC Kandidatenliste aufgenommen wird. Sofern kein SVHC-Kandidatenstoff oberhalb von 0,1 Massenprozent (w/w) in einem gelieferten Erzeugnis enthalten ist, hat der Lieferant dies der Hansgrohe SE auf Anfrage ebenfalls mitzuteilen.

In der Mitteilung des Lieferanten an die Hansgrohe SE sind mindestens die Hansgrohe Artikelnummer, der Name des SVHC-Kandidatenstoffes, dessen CAS- und/oder EG-Nummer, gegebenenfalls erforderliche Hinweise für eine sichere Verwendung des Erzeugnisses, sowie die SCIP-ID mitzuteilen.

Die Liste der SVHC-Stoffe (Kandidatenstoffe) wird regelmäßig durch die EU ergänzt und kann unter folgender Adresse eingesehen werden: <https://echa.europa.eu/de/candidate-list-table>.

Anhang XVII – Liste der Beschränkungen

Anhang XVII enthält eine Liste der Beschränkungen der Herstellung, des Inverkehrbringens und der Verwendung bestimmter gefährlicher Stoffe, Gemische und Erzeugnisse.

Produkte dürfen nur dann an die Hansgrohe SE geliefert werden, wenn entweder keine Beschränkung aus Anhang XVII der EU-REACH-VO zutrifft oder die bestimmungsgemäße Verwendung den dort genannten Bedingungen genügt. Unterliegt das gelieferte Produkt einer Beschränkung, ist der Lieferant verpflichtet, dies der Hansgrohe SE unmittelbar und unaufgefordert mitzuteilen (Informationspflicht).

Die Liste der Beschränkungen kann unter folgender Adresse eingesehen werden: <https://echa.europa.eu/de/substances-restricted-under-REACH>.

6.2 RoHS-Richtlinien

Die [Richtlinie 2011/65/EU](#) (EU-RoHS-RL) dient der Beschränkung der Verwendung bestimmter gefährlicher Stoffe in Elektro- und Elektronikgeräten und wurde in Bezug auf die Liste der beschränkten Stoffe durch die [delegierte Richtlinie \(EU\) 2015/863](#) erweitert.

Dieses Kapitel deckt neben zahlreichen anderen auch die folgenden Stoffbeschränkungen ab:

- Administrative Measures for the Restriction of the Use of Hazardous Substances in Electrical and Electronic Products (China-RoHS)
- California Code of Regulations, title 22, section 66260.202 (California-RoHS)
- Act for Resource Recycling of Electrical and Electronic Equipment and Vehicles (Korea-RoHS)
- Technical Regulations on Use of Certain Hazardous Substances in Electrical and Electronic Equipment (Ukraine-RoHS)
- CNS 15663 Guidance to reduction of the restricted chemical substances in electrical and electronic equipment (Taiwan-RoHS)

Die Stoffbeschränkungen in Anhang II der EU-RoHS-RL beziehen sich auf die zulässigen Höchstkonzentrationen in den homogenen Werkstoffen von Produkten. Dabei ist es möglich, dass der Lieferant von der Hansgrohe SE auch dann zur Einhaltung der Stoffbeschränkungen in der EU-RoHS-RL befragt wird, wenn es sich bei dem gelieferten Produkt selbst nicht um ein Elektro- und Elektronikgerät handelt. Dies erfolgt in solchen Fällen, in denen die Hansgrohe SE aus den gelieferten Produkten selbst ein Elektro- und Elektronikgerät herstellt.

Tabelle 1: Stoffbeschränkungen aus Anhang II der EU-RoHS-RL.

Stoff / Stoffgruppe	zulässige Höchstkonzentrationen in homogenen Werkstoffen
Cadmium und Cadmiumverbindungen	0,01 % (w/w)
Blei und Bleiverbindungen	
Sechswertiges Chrom	
Quecksilber und Quecksilberverbindungen	
Polybromierte Biphenyle (PBB)	
Polybromierte Diphenylether (PBDE)	0,1 % (w/w)
Di(2-ethylhexyl)phthalat (DEHP)	
Butylbenzylphthalat (BBP)	
Dibutylphthalat (DBP)	
Diisobutylphthalat (DIBP)	

Eine Abweichung von den Stoffbeschränkungen in Anhang II der EU-RoHS-RL ist möglich, wenn für die Verwendung des Stoffes bzw. die Überschreitung des Grenzwerts im homogenen Werkstoff eine gültige Ausnahme in Anhang III oder Anhang IV der EU-RoHS-RL besteht. In diesem Fall ist der Lieferant verpflichtet, dies unter Nennung der genutzten Ausnahme der Hansgrohe SE mitzuteilen.

6.3 EU-POP-Verordnung

Persistente organische Schadstoffe (POP) verbleiben lange in der Umwelt, reichern sich in der Nahrungskette an, können über weite Entfernung in der Umwelt transportiert werden und so der menschlichen Gesundheit, sowie der Umwelt schaden. Das [Stockholmer Übereinkommen](#) verpflichtet Staaten weltweit, bestimmte POP zu verbieten oder ihre Herstellung, Verwendung, Import und Export zu verbieten oder zu beschränken. Innerhalb der EU setzt die [Verordnung 2019/1021](#) (POP-VO) dies für alle EU-Mitgliedsstaaten einheitlich um. Darüber hinaus deckt dieses Kapitel auch die Stoffbeschränkungen aller weiteren nationalen Implementierungen des Stockholmer Übereinkommen in Ländern außerhalb der Europäischen Union ab.

Die Regelungen der POP-VO finden auf Stoffe Anwendung, die in den Anhängen I und II enthalten sind. Anhang I enthält die Liste der verbotenen Stoffe und Anhang II die Liste der Stoffe, welche Beschränkungen unterliegen. Die in den Anhängen der POP-VO gelisteten Stoffe können unter folgender Adresse eingesehen werden: [Liste der Stoffe, die der POP-Verordnung unterliegen](#).

Diese Verbote und Beschränkungen umfassen auch Gemische oder Erzeugnisse, die solche Stoffe enthalten. Lagerbestände, die aus in Anhang I oder II aufgelisteten Stoffen bestehen oder solche Stoffe enthalten, werden ebenfalls reguliert. Lieferanten sind verpflichtet nur solche Produkte an die Hansgrohe SE zu liefern, welche keine Stoffe aus den Anhängen I und II enthalten. Ein Stoff aus Anhang I darf nur dann in einem Produkt enthalten sein, wenn für die konkrete Verwendung eine dort genannte Ausnahme anwendbar ist. In einem solchen Fall ist der Lieferant verpflichtet, dies der Hansgrohe SE mitzuteilen.

6.4 TSCA (US-Gesetzgebung)

Der [Toxic Substances Control Act 1976](#) (TSCA) ist eine US-Chemikalienregulierung. Unter „Section 6(h)“ des TSCA, umgesetzt in den [40 CFR Part 751](#), sind sowohl für den Import als auch die Verwendung von bestimmten persistenten, bioakkumulativen und toxischen Stoffen (sog. PBT-Stoffe, als solche oder in Erzeugnissen) Beschränkungen und Verbote vorhanden. Lieferanten sind auf Nachfrage dazu verpflichtet, der Hansgrohe SE mitzuteilen, sofern ein Produkt einen oder mehrere der unter „Section 6(h)“ geführten PBT-Stoffe über den zulässigen Grenzwerten enthält.

Tabelle 2: Stoffbeschränkungen und -verbote unter „Section 6(h)“ des TSCA.

Stoff	CAS-Nummer	Grenzwert
Decabromodiphenyl ether – (DecaBDE)	68937-41-7	0,1 %
Phenol, isopropylated, phosphate (3:1) – (PIP 3:1)	1163-19-5	0,1 %
2,4,6-Tris(<i>tert</i> -butyl)phenol – (2,4,6-TTBP)	732-26-3	0,3 %
Pentachlorothiophenol – (PCTP)	133-49-3	1 %
Hexachlorobutadiene – (HCBD)	87-68-3	0 % (Verbot)

Weitere Informationen können bei der EPA abgerufen werden: [Persistent, Bioaccumulative, and Toxic \(PBT\) Chemicals under TSCA Section 6\(h\)](#).

6.5 CalProp65 (Kalifornische Gesetzgebung)

Der [Safe Drinking Water and Toxic Enforcement Act of 1986](#) (CalProp65) ist ein 1986 in Kraft getretenes kalifornisches Gesetz, welches Unternehmen verpflichtet Produkte mit Warnhinweisen auszustatten, wenn diese Stoffe enthalten, welche auf der sog. Proposition 65 Liste geführt sind. Diese Anforderung gilt unabhängig von der Konzentration der Stoffe in den Produkten.

Damit die Hansgrohe SE dieser Pflicht nachkommen kann, sind Lieferanten auf Nachfrage verpflichtet, das Vorhandensein von in der Proposition 65 Liste aufgeführten Stoffen in den gelieferten Produkten zu melden (Informationspflicht).

Die aktuelle Proposition 65 Liste kann unter folgender Adresse eingesehen werden: <https://oehha.ca.gov/proposition-65/proposition-65-list>.

6.6 EU-Konfliktmineralien-Verordnung und US-Dodd-Frank Act

Konfliktmineralien sind Zinn, Tantal, Wolfram (sowie die Erze, aus denen diese gewonnen werden) und Gold, die aus Regionen stammen, die mit bewaffneten Konflikten oder Menschenrechtsverletzungen in Verbindung stehen.

International und die EU-Konfliktmineralien-Verordnung betreffend, sind diese Regionen als „[Conflict-Affected High-Risk Areas](#)“ (CAHRAs) bekannt. Bezüglich dem US-amerikanischen [Dodd-Frank Wall Street Reform and Consumer Protection Act](#) (Dodd-Frank Act) sind die Regionen auf die Demokratische Republik Kongo und die umliegenden Länder beschränkt. Für beide Gesetzgebungen ist die Hansgrohe SE gesetzlich verpflichtet, die

Nutzung dieser Stoffe und ihre Quellen offenzulegen, um zu vermeiden, dass in den betroffenen Gebieten durch den illegalen Verkauf der Rohstoffe Konflikte angeheizt werden.

Lieferanten sind verpflichtet, jeden Einsatz und jeden entdeckten Einsatz sowie Hinweise auf einen möglichen Einsatz von Konfliktmineralien in gelieferten Produkten der Hansgrohe SE unverzüglich mitzuteilen. In Fällen, in denen Konfliktmineralien von Lieferanten in Produkten für die Hansgrohe SE eingesetzt werden, müssen die Lieferanten ihre Due-Diligence-Prozesse streng dokumentieren, genaue Aufzeichnungen führen und der Hansgrohe SE auf Nachfrage schlüssige Nachweise über die Herkunft der Materialien vorlegen. Darüber hinaus sind Lieferanten verpflichtet, auf Anfrage der Hansgrohe SE weitere relevante Informationen zur Verfügung zu stellen.

6.7 Hongkong-Konvention und EU-Schiffsrecycling-Verordnung

Die [Hong Kong Convention](#) (HKC) wurde 2009 unter der Schirmherrschaft der Internationalen Seeschiffahrts-Organisation (IMO) verabschiedet. Sie legt weltweit verbindliche Anforderungen für das sichere und umweltgerechte Recycling von Schiffen fest, um die negativen Auswirkungen auf Gesundheit und Umwelt zu verhindern, zu verringern oder zu beseitigen. Dazu gehören Vorgaben für das Design, den Bau, die Inspektion, Zertifizierung, den Betrieb und das Recycling von Schiffen.

Die Europäische Union hat die Vorgaben der HKC in der [Verordnung \(EU\) 1257/2013](#) (EU SRR) umgesetzt. Diese Verordnung gilt für Schiffe, die unter der Flagge eines EU-Mitgliedstaats fahren oder EU-Häfen anlaufen. Sie sieht zusätzliche Kontrollen und Anforderungen vor, um den sicheren und umweltgerechten Umgang mit gefährlichen Materialien an Bord sicherzustellen.

Lieferanten sind verpflichtet, der Hansgrohe SE auf Anfrage Auskunft über die in der HKC als auch in der EU SRR reglementierten Stoffe zu geben.

Beispiele für Deklarationsformate sowie Listen der reglementierten Stoffe finden sich in der [Resolution MEPC.379\(80\) – 2023 Guidelines for the Development of the Inventory of Hazardous Materials](#) (für die HKC) sowie der [EMSA's Best Practice Guidance on the Inventory of Hazardous Materials](#) (für die EU SRR).

6.8 EU-ODS- und F-Gas-Verordnung

Ozonabbauende Stoffe, sog. ODS („ozone-depleting substances“), werden in der [Verordnung 2024/590](#) über Stoffe, die zum Abbau der Ozonschicht führen, sowie der [Verordnung 2024/573](#) über fluorierte Treibhausgase (F-Gas-VO) reglementiert.

Lieferanten sind verpflichtet, der Hansgrohe SE auf Anfrage Auskunft darüber zu geben, ob in den gelieferten Produkten ODS gemäß den Verordnungen 2024/590 und 2024/573 enthalten sind oder nicht. Listen der betroffenen Stoffe finden sich in den Anhängen der Verordnungen.

6.9 EU-Verpackungsverordnung/-Richtlinie

Die [Richtlinie 94/62/EG](#) (Verpackungs-RL) wird zum 11.08.2026 aufgehoben und durch die [Verordnung \(EU\) 2025/40](#) vom 19.12.2024 über Verpackungen und Verpackungsabfälle (PPWR) ersetzt. Letztere beinhaltet diverse Anforderungen an Verpackungen und zielt u.a. darauf ab, die negativen Auswirkungen von Verpackungsabfällen auf die Umwelt zu verringern oder zu beseitigen, indem z.B. die Konzentration von Schwermetallen in Verpackungen begrenzt wird.

Dieses Kapitel deckt auch die Stoffbeschränkungen von Schwermetallen aus der Modellgesetzgebung [Model Toxics in Packaging Legislation](#) (ehemals „CONEG“) mit ab. Die Regulierung von Schwermetallen wurde hierdurch in aktuell 19 US-Bundesstaaten in Kraft gesetzt (Kalifornien, Connecticut, Florida, Georgia, Illinois, Iowa, Maryland, Maine, Minnesota, Missouri, New Hampshire, New Jersey, New York, Pennsylvania, Rhode Island, Vermont, Virginia, Washington und Wisconsin).

Gemäß Artikel 5(4) der PPWR (bzw. Artikel 11 der Verpackungs-RL) darf die zulässige Höchstkonzentration der in der folgenden Tabelle aufgeführten Schwermetalle in Summe den Grenzwert von 100 ppm nicht überschreiten.

Tabelle 3: Stoffbeschränkungen für Verpackungen.

Stoff	Grenzwert (kumulativ)
Blei	0,01 % (w/w)
Kadmium	
Quecksilber	
Cr(VI) (sechswertiges Chrom)	

Verpackungen, die diesen Vorgaben nicht entsprechen, dürfen nicht an die Hansgrohe SE geliefert werden. Lieferanten sind verpflichtet, der Hansgrohe SE auf Anfrage Nachweise über die Einhaltung der stofflichen Anforderungen zu Verpackungen zu übermitteln.

Ergänzend dazu gelten für Verpackungen auch weiterhin die Erzeugnis bezogenen Stoffbeschränkungen und -verbote insbesondere aus der REACH- und der POP-Verordnung.

6.10 EU-Batterieverordnung

Gemäß der [Verordnung \(EU\) 2023/1542](#) (BattVO) sowie der ergänzenden [Verordnung \(EU\) 2019/1020](#) (Marktüberwachung) gelten für Batterien spezielle Stoffbeschränkungen. Lieferanten sind dazu verpflichtet, der Hansgrohe SE mitzuteilen, sofern ein Produkt Batterien im Sinne der BattVO enthält und sind verpflichtet, die Stoffbeschränkungen, sowie die Kennzeichnungspflichten aus der BattVO einzuhalten. Auf Nachfrage hat der Lieferant der Hansgrohe SE hierüber Nachweise vorzulegen.

Tabelle 4: Stoffbeschränkungen aus Anhang I der BattVO.

Stoff / Stoffgruppe	Beschränkung
Quecksilber und seine Verbindungen	≤ 0,0005 % (in Batterien; ausgedrückt als metallisches Quecksilber)
Cadmium und seine Verbindungen	≤ 0,002 % (in Gerätebatterien; ausgedrückt als metallisches Cadmium)
Blei und seine Verbindungen	≤ 0,01 % (in Gerätebatterien; ausgedrückt als metallisches Blei)

Bei Erstlieferung oder bei Änderungen an der Batterie ist der Lieferant verpflichtet folgende Dokumente an die Hansgrohe SE zu übermitteln:

- Testzusammenfassung nach UN 38.3.5
- SoC (State of Charge – der Batterieladestand)

7 Weitere Anforderungen

7.1 PFAS

Per- und polyfluorierte Alkylverbindungen (PFAS) sind eine große Familie von tausenden synthetischen Chemikalien, die in zahlreichen industriellen Anwendungen und Verbraucherprodukten verwendet werden und welche international immer mehr im Fokus der Gesetzgebung stehen. Einige PFAS-Substanzen werden bereits durch die POP-VO und andere Rechtsakte verboten, zu anderen sind Meldepflichten in Kraft. Aktuell sind zu bestimmten Anwendungen weitere Beschränkungen oder Verbote angedacht. Vor diesem Hintergrund ist es für die Hansgrohe SE unerlässlich, Kenntnis über den Einsatz von PFAS in den von Lieferanten gelieferten Produkten zu erlangen.

Für die Hansgrohe SE gelten alle Stoffe als PFAS, welche unter die [PFAS-Definition der OECD von 2021](#) fallen:

„PFAS sind definiert als fluorierte Stoffe, die mindestens ein vollständig fluoriertes Methyl- oder Methylen-Kohlenstoffatom (ohne daran gebundenes H/Cl/Br/I-Atom) enthalten, d.h. mit einigen wenigen Ausnahmen ist jede Chemikalie mit mindestens einer perfluorierten Methylgruppe (-CF₃) oder einer perfluorierte Methylengruppe (-CF₂-) ein PFAS.“

Lieferanten sind auf Anfrage verpflichtet der Hansgrohe SE mitzuteilen, ob in den gelieferten Produkten absichtlich hinzugefügte PFAS enthalten sind. Falls keine absichtlich hinzugefügten PFAS enthalten sind, ist dies ebenfalls mitzuteilen. Sofern absichtlich hinzugefügte PFAS in Produkten enthalten sind, ist in der Mitteilung des Lieferanten an die Hansgrohe SE mindestens die Hansgrohe-Artikelnummer, sofern bekannt der Name des enthaltenen PFAS-Stoffes und/oder dessen CAS-Nummer, sowie der Verwendungszweck bzw. die Funktion anzugeben, für die der PFAS-Stoff in dem Produkt eingesetzt wird.

Anhang I (Informativ)

Ein Produkt im Sinne der HG 783 ist alles, was in einem Produkt der Hansgrohe SE verbleibt, was von der Hansgrohe SE als Produktionshilfsmittel genutzt wird sowie alle Verpackungen, welche die Hansgrohe SE an externe Kunden weitergibt. Ebenso stellt alles ein Produkt im Sinne der HG 783 dar, was der Hansgrohe SE als Liefergegenstand zur Verfügung gestellt wird, sowie alles, was die Hansgrohe SE selbst herstellt, und in einem Produkt verbleibt, welches durch die Hansgrohe SE in Verkehr gebracht wird.

Sämtliche Stoffe, Gemische oder Erzeugnisse im Sinne der EU-REACH-VO stellen ein Produkt im Sinne der HG 783 dar.

Beispiele für Produkte:

- Schmierstoffe, Fette, Kleber
- Korrosionsschutzmittel
- Lacke, Farben, Beschichtungen
- Komplette Produkte (inklusive Handelswaren)
- Baugruppen, Komponenten, Ersatzteile
- Werkstoffe, Halbzeuge, Normteile
- Kunststoffgranulate, Mineral-/Verbundwerkstoffe, Gläser
- Legierungen
- Verpackungen
- Werbematerialien

Anhang II (Mindestinhalte Materialdeklaration)**II.I REACH**

Folgende Angaben sind gemäß EN IEC 63000 in einer REACH-Materialdeklaration mindestens zu übermitteln:

1. Ausstellungsdatum der Materialdeklaration
2. Stand der SVHC-Kandidatenliste, welche der Materialdeklaration zugrunde liegt.
 - a. Letztes Update darf nicht mehr als 1 Jahr vom aktuellen Datum abweichen.
3. Korrekter Verweis auf das Regelwerk (REACH 1907/2006)
4. Eindeutige Identifizierung des Produkts
 - a. Zu deklarierende(s) Produkt(e) (Bezeichnung und Hansgrohe-Artikel-Nr.)
5. Deklarationen:
 - a. SVHC-Stoffe oberhalb 0,1 % enthalten? **ja/nein**
 - b. Wenn **ja**
 1. mindestens Name des Stoffes
 2. Angabe der CAS-Nr. und/oder EG-Nr.
 - c. Anhang XVII Stoff enthalten? **ja/nein**
 - d. Wenn ja
 1. mindestens Name des Stoffes
 2. Angabe der CAS-Nr. und/oder EG-Nr.
6. Kontaktdaten (mind. Name, E-Mail)
7. Unterzeichner (Name, Verantwortung/Position)

II.II Weitere Regelwerke

Folgende Angaben sind gemäß EN IEC 63000 in einer Materialdeklaration mindestens zu übermitteln:

1. Ausstellungsdatum der Materialdeklaration
2. Korrekter Verweis auf das/die Regelwerk/e (z.B. RoHS 2011/65/EU)
3. Eindeutige Identifizierung des Produkts
 - a. Zu deklarierende(s) Produkt(e) (Bezeichnung und Hansgrohe-Artikel-Nr.)
4. Deklaration
 - a. Informationspflichtige und/oder beschränkte Stoffe oberhalb des Grenzwertes enthalten? **ja/nein**
 - b. Wenn **ja**
 - i. RoHS:
 1. Name des Stoffes (und/oder CAS/EG) und
 2. Angabe der Ausnahmeregelung, falls zutreffend, z.B. 6a, 6b oder 6c
 - ii. Andere Regelwerke:
 1. mindestens Name des Stoffes
 2. Angabe der CAS-Nr. und/oder EG-Nr.
5. Kontaktdaten (mind. Name, E-Mail)
6. Unterzeichner (Name, Verantwortung/Position)

Zur weiteren Beachtung der erforderlichen Informationen gelten für die jeweiligen Regelwerke die in Kapitel 6 und 7 beschriebenen Erfordernisse.

[Ende deutsches Dokument]

Content

1 Purpose	1
1.1 Scope.....	2
2 Normative References	2
3 Abbreviations	2
4 Definitions	4
5 Obligations	5
5.1 Supplier.....	5
5.2 Hansgrohe SE	5
6 Legal Requirements	6
6.1 EU REACH Regulation	6
6.2 RoHS.....	7
6.3 EU POP Regulation	8
6.4 TSCA (US legislation).....	8
6.5 CalProp65	9
6.6 EU Conflict Minerals Regulation and US Dodd-Frank Act	9
6.7 EU Ship Recycling Regulation and Hong Kong Convention	9
6.8 EU ODS - and F-Gas Regulation.....	10
6.9 EU Packaging Regulation/Directive	10
6.10 EU Battery Regulation	11
7 Further Requirements	11
7.1 PFAS.....	11
Annex I (Informative)	12
Annex II (Minimum Content of Material Declaration)	13
II.I REACH	13
II.II Other regulations.....	14

The company standard is the property of Hansgrohe SE. Reproduction is only permitted with permission.

1 Purpose

The aim of HG 783 is to support Hansgrohe SE and its suppliers in matters of material compliance with regard to substances, mixtures and articles (hereinafter referred to as "products"; see Annex I for examples).

The HG 783 describes Hansgrohe SE's requirements with regard to all substances described in Section 6 that are prohibited by law, regulated and subject to declaration in their current form. In addition, the HG 783 contains additional requirements of Hansgrohe SE in Section 7. The contents of material declarations are specified in Annex II.

Products of the Hansgrohe SE should not pose any disadvantages or risks to human health and safety or to the environment.

If legal changes are not yet reflected in this standard or if laws are not included, this does not release the supplier from the obligation to comply with these legal

requirements. In individual cases, the Hansgrohe SE reserves the right to carry out material tests and laboratory examinations.

This standard becomes mandatory with a transition period of 60 days from the date of publication.

1.1 Scope

The HG 783 requires that all products meet the requirements of the necessary current directives, regulations, laws, standards and all other applicable requirements listed in the HG 783 in order to ensure the compliant marketing of Hansgrohe products.

The material compliance requirements apply in the same way as all other product requirements.

2 Normative References

The following documents are required for HG 783. For references with a date, only the specified edition applies. For references without a date, the latest edition of the referenced document (including all amendments) applies.

EN IEC 63000	Technical documentation for compliance with applicable substance restrictions worldwide according to various hazardous substance regulations. The purpose of the document is to explain compliance with the applicable substance restrictions worldwide in accordance with various hazardous substance regulations.
HG 770	Guidelines for initial sampling, available at Hansgrohe factory standards and forms .

3 Abbreviations

CAHRA	"Conflict-affected and high-risk areas" refers to areas with armed conflict, political instability and serious human rights violations and illegal trading practices.
CAS No.	The CAS No. is an international designation standard for chemical substances. CAS stands for "Chemical Abstracts Service".
CMR	Carcinogenic, mutagenic or toxic to reproduction.
EC No.	Classification category under the European chemicals legislation. EC No. are composed of 7 digits and the following syntax: XXX-XXX-X. EC stands for European Community.
EPA	The United States Environmental Protection Agency.
EU SRR	The European Ship Recycling Regulation.

HKC	Hong Kong International Convention for the Safe and Environmentally Sound Recycling of Ships, 2009, an agreement between the member states of the IMO for the global improvement of environmentally friendly ship recycling and working conditions in shipbreaking yards.
IMO	The International Maritime Organization (IMO) is a specialized agency of the United Nations that promotes maritime safety and environmental protection at sea.
ODS	Ozone-depleting substances.
PBT	Persistent, bioaccumulative and toxic substances.
PFAS	Per- and polyfluorinated alkyl substances.
POP	Persistent organic pollutants.
PPWR	European packaging and packaging waste regulation.
REACH	European regulation on registration, evaluation, authorization and restriction of chemicals.
RoHS	Restriction of hazardous substances in electrical and electronic equipment.
SCIP	SCIP stands for "Substances of concern in products" and refers to an EU database containing information on substances of very high concern (SVHC) in products.
SoC	State of Charge.
SVHC	Substances of very high concern.
TSCA	The Toxic Substances Control Act is a US law regulating chemicals.

4 Definitions

The definitions listed here are intended to facilitate understanding of the HG 783. They do not replace legal definitions. In the event of any discrepancy between the legal definition and the definitions listed here, the legal version shall always take precedence.

Substance	Chemical element and its compounds in natural state or obtained by any manufacturing process, including any additives necessary to preserve its stability and impurity deriving from the process used, but excluding any solvents which may be separated without affecting the stability of the substance or changing its composition (see REACH, Art. 3.1). Examples include metals, dyes or pigments.
Mixture	Mixtures or solutions consisting of two or more substances (see REACH, Art. 3.2). Examples include shampoo, paints or cleaning agents.
Article	Means an object which during production is given a special shape, surface or design which determines its function to a greater degree than does its chemical composition (see REACH, Art. 3.3). Examples include screws or injection-molded parts.
Homogeneous material	A material of uniform composition throughout or a material, consisting of a combination of materials, that cannot be disjoined or separated into different materials by mechanical actions such as unscrewing, cutting, crushing, grinding and abrasive processes (see RoHS, Art. 3.20).
Packaging	Refers to an item, irrespective of the materials from which it is made, that is intended to be used by an economic operator for the containment, protection, handling, delivery or presentation of products to another economic operator or to an end user, and that can be differentiated by packaging format based on its function, material and design (see PPWR, Art. 3.1.1).
Battery	Any device delivering electrical energy generated by direct conversion of chemical energy, having internal or external storage, and consisting of one or more non-rechargeable or rechargeable battery cells, modules or of packs of them, and includes a battery that has been subject to preparation for reuse, preparation for repurposing, repurposing or remanufacturing (see Battery Regulation (EU) 2023/1542, Art. 3.1.1).
Portable battery	A battery that is sealed, weighs 5 kg or less, is not designed specifically for industrial use and is neither an electric vehicle battery, a light means of transport battery, nor a starting, lighting and ignition battery (see Battery Regulation (EU) 2023/1542, Art. 3.1.9).

Intentionally added Use of a substance contained in a product to produce a specific property, appearance, function or quality.

5 Obligations

5.1 Supplier

- The supplier is obliged to comply with the requirements listed below for all products delivered. These requirements apply worldwide, regardless of the destination of the delivery.
- The supplier is obliged to obtain the current directives, regulations, laws and standards themselves and to continuously check whether further applicable requirements exist or whether existing ones have changed. Possible effects (process / product changes) on their goods must be communicated immediately.
- The supplier is obliged to communicate the relevant requirements to its own supply chain and to take all necessary measures to ensure compliance, for example by conducting regular spot checks or supplier surveys.
- The supplier is obliged to provide the Hansgrohe SE
 - the supplier declarations/material declarations required to prove material compliance, specifying the information set out in Annex II, free of charge.
 - the necessary evidence upon request:
 - e.g. for initial sampling (see HG 770, available at [Hansgrohe factory standards and forms](#)) or
 - in the course of regulatory updates.
 - the material compliance evidence in digital formats (a software solution provided free of charge by the Hansgrohe SE is available for this purpose).

The contact for all relevant information or queries is the Hansgrohe SE purchasing department responsible for the supplier.

5.2 Hansgrohe SE

- The applicable requirements listed in this standard must be taken into account in product design and development.
- A supplier assessment in accordance with EN IEC 63000 must be carried out and evidence of compliance with substance restrictions must be obtained. Evidence must be checked in accordance with the standard and any necessary measures must be taken.
- Statements and evidence from the supply chain must be verified on a random basis by means of tests (internal or via third parties).
- Compliance with the HG 783 must be required by means of a corresponding note in the supplier contracts and in the general terms and conditions.

- Supplier approval may only be granted if the supplier has confirmed compliance with the HG 783 in writing and has provided any required evidence of compliance.

6 Legal Requirements

6.1 EU REACH Regulation

[Regulation \(EC\) No. 1907/2006](#) (EU REACH Regulation) serves to protect human health and the environment.

Substances of very high concern on the candidate list

Article 33 of the EU REACH Regulation contains an information requirement regarding substances of very high concern (SVHCs) contained in articles that have been classified as candidates for authorization in accordance with Articles 57 and 59. An information obligation arises as soon as the limit value of 0.1 mass percent (w/w) for an SVHC on the candidate list per article is exceeded.

According to the [decision of the European Court of Justice, Ref.: C-106/14](#), the principle of "once an article, always an article" applies. The reference value for articles that are composed of several articles (complex articles) therefore always remains the article itself. As soon as an article, either as a product itself or as part of a product, exceeds the limit value of 0.1% by weight (w/w) for an SVHC on the candidate list, the supplier is legally obliged to notify the Hansgrohe SE immediately and **without being asked** (declaration obligation). This also applies if an SVHC is added to the SVHC candidate list during the ongoing supply relationship. If no SVHC candidate substance above 0.1% by weight (w/w) is contained in a delivered product, the supplier must also notify the Hansgrohe SE of this upon request.

The supplier's notification to the Hansgrohe SE must include at least the Hansgrohe article number, the name of the SVHC candidate substance, its CAS and/or EC number, any necessary information for the safe use of the article, and the SCIP ID.

The list of SVHC substances (candidate substances) is regularly updated by the EU and can be viewed at the following address: <https://echa.europa.eu/candidate-list-table>.

Annex XVII – List of restrictions

Annex XVII contains a list of restrictions on the manufacture, placing on the market and use of certain dangerous substances, mixtures and articles.

Products may only be delivered to the Hansgrohe SE if either no restriction from Annex XVII of the EU REACH Regulation applies or if the intended use complies with the conditions specified therein. If the delivered product is subject to a restriction, the supplier is obliged to notify the Hansgrohe SE immediately and without being asked (duty to inform).

The list of restrictions can be viewed at the following address: <https://echa.europa.eu/substances-restricted-under-reach>.

6.2 RoHS

[Directive 2011/65/EU](#) (EU RoHS Directive) serves to restrict the use of certain hazardous substances in electrical and electronic equipment and was expanded with regard to the list of restricted substances by [Delegated Directive \(EU\) 2015/863](#).

In addition to numerous others, this Section covers the following substance restrictions:

- Administrative Measures for the Restriction of the Use of Hazardous Substances in Electrical and Electronic Products (China RoHS)
- California Code of Regulations, title 22, section 66260.202 (California RoHS)
- Act for Resource Recycling of Electrical and Electronic Equipment and Vehicles (Korea RoHS)
- Technical Regulations on Use of Certain Hazardous Substances in Electrical and Electronic Equipment (Ukraine RoHS)
- CNS 15663 Guidance to reduction of the restricted chemical substances in electrical and electronic equipment (Taiwan-RoHS)

The substance restrictions in Annex II of the EU RoHS Directive refer to the maximum permissible concentrations in the homogeneous materials of articles. It is possible that the supplier of the Hansgrohe SE may be asked to comply with the substance restrictions in the EU RoHS Directive even if the delivered product itself is not an electrical or electronic device. This occurs in cases where the Hansgrohe SE manufactures an electrical or electronic device from the delivered products.

Table 1: Substance restrictions from Annex II of the EU RoHS Directive.

Substance / Substance group	Maximum permissible concentrations in homogeneous materials
Cadmium and cadmium compounds	0.01% (w/w)
Lead and lead compounds	
Hexavalent chromium	
Mercury and mercury compounds	
Polybrominated biphenyls (PBB)	
Polybrominated diphenyl ethers (PBDE)	0.1% (w/w)
Di(2-ethylhexyl) phthalate (DEHP)	
Butyl benzyl phthalate (BBP)	
Dibutyl phthalate (DBP)	
Diisobutyl phthalate (DIBP)	

A deviation from the substance restrictions in Annex II of the EU RoHS Directive is possible if there is a valid exemption in Annex III or Annex IV of the EU RoHS Directive for the use of the substance or the exceeding of the limit value in the homogeneous material.

In this case, the supplier is obliged to notify the Hansgrohe SE of this, stating the exemption used.

6.3 EU POP Regulation

Persistent organic pollutants (POPs) remain in the environment for a long time, accumulate in the food chain, can be transported over long distances in the environment and thus harm human health and the environment. The [Stockholm Convention](#) obliges countries worldwide to ban certain POPs or to ban or restrict their manufacture, use, import and export. Within the EU, [Regulation 2019/1021](#) (EU POP Regulation) implements this uniformly for all EU member states. In addition, this Section also covers the substance restrictions of all other national implementations of the Stockholm Convention in countries outside the European Union.

The provisions of the EU POP Regulation apply to substances listed in Annexes I and II. Annex I contains the list of banned substances and Annex II the list of substances subject to restrictions. The substances listed in the Annexes to the EU POP Regulation can be viewed at the following address: [List of substances subject to the POP Regulation](#).

These prohibitions and restrictions also apply to mixtures or articles containing such substances. Stocks consisting of or containing substances listed in Annex I or II are also regulated. Suppliers are obliged to supply the Hansgrohe SE only with products that do not contain any substances listed in Annexes I and II. A substance listed in Annex I may only be contained in a product if an exemption specified therein applies to the specific use. In such a case, the supplier is obliged to notify the Hansgrohe SE.

6.4 TSCA (US legislation)

The [Toxic Substances Control Act 1976](#) (TSCA) is a US chemical regulation. Section 6(h) of the TSCA, implemented in [40 CFR Part 751](#), contains restrictions and prohibitions on both the import and use of certain persistent, bioaccumulative and toxic substances (known as PBT substances, either on their own or in articles). Suppliers are obliged to inform the Hansgrohe SE on request if a product contains one or more of the PBT substances listed under Section 6(h) above the permissible limits.

Table 2: Substance restrictions and prohibitions under "Section 6(h)" of the TSCA.

Substance	CAS number	Limit
Decabromodiphenyl ether – (DecaBDE)	68937-41-7	0.1 %
Phenol, isopropylated, phosphate (3:1) – (PIP 3:1)	1163-19-5	0.1 %
2,4,6-Tris(<i>tert</i> -butyl)phenol – (2,4,6-TTBP)	732-26-3	0.3 %
Pentachlorothiophenol – (PCTP)	133-49-3	1 %
Hexachlorobutadiene – (HCBD)	87-68-3	0 % (ban)

Further information is available from the EPA: [Persistent, Bioaccumulative, and Toxic \(PBT\) Chemicals under TSCA Section 6\(h\)](#).

6.5 CalProp65

The [Safe Drinking Water and Toxic Enforcement Act of 1986](#) (CalProp65) is a Californian law enacted in 1986, which requires companies to label products with warning notices if they contain substances listed on the so-called Proposition 65 List. This requirement applies regardless of the concentration of the substances in the products.

In order for the Hansgrohe SE to comply with this obligation, suppliers are obliged, upon request, to report the presence of substances listed in the Proposition 65 List in the products they supply (duty to provide information).

The current Proposition 65 List can be viewed at the following address: <https://oehha.ca.gov/proposition-65/proposition-65-list>

6.6 EU Conflict Minerals Regulation and US Dodd-Frank Act

Conflict minerals are tin, tantalum, tungsten (and the ores from which they are extracted) and gold that originate from regions associated with armed conflict or human rights violations.

Internationally and in relation to the EU Conflict Minerals Regulation, these regions are known as "[Conflict-Affected High-Risk Areas](#)" (CAHRAs). With regard to the US American [Dodd-Frank Wall Street Reform and Consumer Protection Act](#) (Dodd-Frank Act), the regions are limited to the Democratic Republic of Congo and neighboring countries. Under both pieces of legislation, the Hansgrohe SE is legally obliged to disclose the use of these materials and their sources in order to prevent conflicts in the affected areas from being fueled by the illegal sale of raw materials.

Suppliers are obliged to immediately report any use, any discovered use and any indications of possible use of conflict minerals in products supplied to the Hansgrohe SE. In cases where conflict minerals are used by suppliers in products for the Hansgrohe SE, suppliers must strictly document their due diligence processes, keep accurate records and, upon request, provide the Hansgrohe SE with conclusive evidence of the origin of the materials. In addition, suppliers are obliged to provide further relevant information upon request by the Hansgrohe SE.

6.7 EU Ship Recycling Regulation and Hong Kong Convention

The [Hong Kong Convention](#) (HKC) was adopted in 2009 under the auspices of the International Maritime Organisation (IMO). It sets out globally binding requirements for the safe and environmentally sound recycling of ships in order to prevent, reduce or eliminate negative impacts on health and the environment. This includes requirements for the design, construction, inspection, certification, operation and recycling of ships.

The European Union has implemented the requirements of the HKC in [Regulation \(EU\) 1257/2013](#) (EU SRR). This regulation applies to ships flying the flag of an EU Member State or calling at EU ports. It provides for additional controls and requirements to ensure the safe and environmentally sound handling of hazardous materials on board.

Suppliers are obliged to provide the Hansgrohe SE with information on the substances regulated in the HKC and the EU SRR upon request.

Examples of declaration formats and lists of regulated substances can be found in [Resolution MEPC.379\(80\) – 2023 Guidelines for the Development of the Inventory of Hazardous Materials](#) (for the HKC) and the [EMSA's Best Practice Guidance on the Inventory of Hazardous Materials](#) (for the EU SRR).

6.8 EU ODS - and F-Gas Regulation

Ozone-depleting substances (ODS) are regulated by [Regulation 2024/590](#) on substances that deplete the ozone layer and [Regulation 2024/573](#) on fluorinated greenhouse gases (F-Gas Regulation).

Suppliers are obliged to provide the Hansgrohe SE with information upon request as to whether or not the products supplied contain ODS in accordance with Regulations 2024/590 and 2024/573. Lists of the substances concerned can be found in the Annexes to the regulations.

6.9 EU Packaging Regulation/Directive

[Directive 94/62/EC](#) (Packaging Directive) will be repealed on 11th August 2026 and replaced by [Regulation \(EU\) 2025/40](#) of 19th December 2024 on packaging and packaging waste (PPWR). The latter contains various requirements for packaging and aims, among other things, to reduce or eliminate the negative impact of packaging waste on the environment, for example by limiting the concentration of heavy metals in packaging.

This Section also covers the substance restrictions on heavy metals from the [Model Toxics in Packaging Legislation](#) (formerly "CONEG"). As a result, heavy metal regulations have been enacted in 19 US states (California, Connecticut, Florida, Georgia, Illinois, Iowa, Maryland, Maine, Minnesota, Missouri, New Hampshire, New Jersey, New York, Pennsylvania, Rhode Island, Vermont, Virginia, Washington and Wisconsin).

According to Article 5(4) of the PPWR (or Article 11 of the Packaging Directive), the maximum permissible concentration of the heavy metals listed in the following table must not exceed a total limit value of 100 ppm.

Table 3: Restrictions on substances in packaging.

Substance	Limit value (cumulative)
Lead	0.01% (w/w)
Cadmium	
Mercury	
Cr(VI) (hexavalent chromium)	

Packaging that does not comply with these specifications may not be delivered to the Hansgrohe SE. Suppliers are obliged to provide the Hansgrohe SE with evidence of compliance with the material requirements for packaging upon request.

In addition, product-related substance restrictions and prohibitions, in particular those from the EU REACH and EU POP regulations, continue to apply to packaging.

6.10 EU Battery Regulation

In accordance with the European Battery [Regulation \(EU\) 2023/1542](#) (EUBR) and the supplementary [Regulation \(EU\) 2019/1020](#) (market surveillance), special substance restrictions apply to batteries. Suppliers are obliged to inform the Hansgrohe SE if a product contains batteries within the scope of the EUBR and are obliged to comply with the substance restrictions and labelling requirements of the EUBR. Upon request, the supplier must provide the Hansgrohe SE with evidence of this.

Table 4: Substance restrictions from Annex I of the EUBR.

Substance / Substance group	Restriction
Mercury and its compounds	≤ 0.0005 % (in batteries; expressed as metallic mercury)
Cadmium and its compounds	≤ 0.002 % (in portable batteries; expressed as metallic cadmium)
Lead and its compounds	≤ 0.01 % (in portable batteries; expressed as metallic lead)

Upon initial delivery or in the event of changes to the battery, the supplier is obliged to submit the following documents to the Hansgrohe SE:

- Test summary in accordance with UN 38.3.5
- SoC (State of Charge – the battery charge level)

7 Further Requirements

7.1 PFAS

Per- and polyfluorinated alkyl substances (PFAS) are a large family of thousands of synthetic chemicals used in numerous industrial applications and consumer products, which are increasingly the focus of international legislation. Some PFAS substances are already banned by the EU POP Regulation and other legal acts, while others are subject to reporting requirements. Further restrictions or bans on certain applications are currently being considered. Against this background, it is essential for the Hansgrohe SE to obtain information about the use of PFAS in the products supplied by its suppliers.

For the Hansgrohe SE, all substances that fall under the [OECD's 2021 definition of PFAS](#) are considered PFAS:

"PFAS are defined as fluorinated substances that contain at least one fully fluorinated methyl or methylene carbon atom (without any H/Cl/Br/I atoms attached to it), i.e. with a few

exceptions, any chemical with at least one perfluorinated methyl group (-CF₃) or one perfluorinated methylene group (-CF₂-) is a PFAS."

Suppliers are obliged to inform the Hansgrohe SE on request whether the products supplied contain intentionally added PFAS. If no intentionally added PFAS are contained, this must also be communicated. If intentionally added PFAS are contained in products, the supplier's notification to the Hansgrohe SE must include at least the Hansgrohe article number, the name of the PFAS substance contained and/or its CAS number, if known, and the intended use or function for which the PFAS substance is used in the product.

Annex I (Informative)

A product within the meaning of the HG 783 is anything that remains in a product of the Hansgrohe SE, anything used by the Hansgrohe SE as a production aid, and all packaging that the Hansgrohe SE passes on to external customers. Likewise, anything that is made available to the Hansgrohe SE as a delivery item, as well as anything that the Hansgrohe SE manufactures itself and remains in a product that is placed on the market by the Hansgrohe SE, constitutes a product within the meaning of the HG 783.

All substances, mixtures or articles within the meaning of the EU REACH Regulation constitute a product within the meaning of the HG 783.

Examples of products:

- Lubricants, greases, adhesives
- Corrosion inhibitors
- Varnishes, paints, coatings
- Complete products (including merchandise)
- Assemblies, components, spare parts
- Materials, semi-finished products, standard parts
- Plastic granulates, mineral/composite materials, glass
- Alloys
- Packaging
- Advertising materials

Annex II (Minimum Content of Material Declaration)**II.I REACH**

The following information must be provided as a minimum in a REACH material declaration in accordance with EN IEC 63000:

1. Issuing date of the material declaration
2. Status of the SVHC candidate list on which the material declaration is based.
 - a. Latest update may not differ more than 1 year from the actual date.
3. Correct reference to the regulation (REACH 1907/2006)
4. Unique identification of the product
 - a. Product(s) to be declared (name and Hansgrohe article No.)
5. Declarations:
 - a. SVHC substances above 0.1% contained? **yes/no**
 - b. If **yes**
 1. At least the name of the substance
 2. The CAS No. and/or EC No.
 - c. Annex XVII substance contained? **yes/no**
 - d. If **yes**
 1. At least the name of the substance
 2. The CAS No. and/or EC No.
6. Contact details (at least name, e-mail)
7. Signatory (name, responsibility/position)

II.II Other regulations

According to EN IEC 63000, the following information must be provided as a minimum in a material declaration:

1. Issuing date of the material declaration
2. Correct reference to the regulation(s) (e.g. RoHS 2011/65/EU)
3. Unique identification of the product
 - a. Product(s) to be declared (name and Hansgrohe article No.)
4. Declaration
 - a. Does the product contain substances subject to information requirements and/or restricted substances above the limit value? **yes/no**
 - b. If **yes**
 - i. RoHS:
 1. Name of the substance (and/or CAS/EC) and
 2. The exemption, if applicable, e.g. 6a, 6b, or 6c
 - ii. Other regulations:
 1. At least the name of the substance
 2. The CAS No. and/or EC No.
5. Contact details (at least name, e-mail)
6. Signatory (name, responsibility/position)

For further consideration of the necessary information, the requirements described in Sections 6 and 7 apply to the respective regulations.

[End of English document]